

# Geschäftsordnung der Ombudspersonen in den Rheinischen Kliniken des Landschaftsverbandes Rheinland

- in der Fassung vom ..... -

alte Fassung	neue Fassung (Änderungen sind hervorgehoben)
<p>Gemäß § 17 Abs. 6 der Betriebssatzung der Rheinischen Kliniken des Landschaftsverbandes Rheinland wird folgende Geschäftsordnung der Ombudspersonen in den Rheinischen Kliniken des Landschaftsverbandes Rheinland erlassen:</p> <p style="text-align: center;">§ 1 Funktion der Ombudspersonen</p> <p>(1) Der Ausschuß für Beschwerden und Anregungen ist gemäß § 5 Krankenhausgesetz NW die zuständige Stelle für die Bearbeitung von Petitionen, Anregungen und Beschwerden der Patientinnen und Patienten in den Rheinischen Kliniken. Zur Unterstützung und Entlastung des Ausschusses ist für jede der Rheinischen Kliniken eine Ombudsperson als Ansprechpartner für die Patientinnen und Patienten vor Ort zu bestellen. Bezüglich der Rheinischen Klinik für Orthopädie in Viersen wird diese Aufgabe von der Ombudsperson in den Rheinischen Kliniken Viersen mit wahrgenommen.</p> <p>Die Ombudspersonen sind zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Ausschuß und dessen Geschäftsstelle verpflichtet. Sie sind nicht berechtigt, der Geschäftsstelle des Ausschusses Weisungen zu erteilen.</p>	<p>Gemäß § 17 Abs. 6 der Betriebssatzung der Rheinischen Kliniken des Landschaftsverbandes Rheinland wird folgende Geschäftsordnung der Ombudspersonen in den Rheinischen Kliniken des Landschaftsverbandes Rheinland erlassen:</p> <p style="text-align: center;">§ 1 Funktion der Ombudspersonen</p> <p>(1) Der <b>Krankenhausausschuss</b> ist die gemäß § 5 Krankenhausgesetz NRW <b>sowie § 24 des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG NW)</b> zuständige Stelle für die Bearbeitung von Petitionen, Anregungen und Beschwerden der Patientinnen und Patienten in den Rheinischen Kliniken. Zur Unterstützung und Entlastung des <b>Krankenhausausschusses</b> ist für jede der Rheinischen Kliniken eine Ombudsperson als Ansprechpartner für die Patientinnen und Patienten vor Ort zu bestellen. Bezüglich der Rheinischen Klinik für Orthopädie in Viersen wird diese Aufgabe von der Ombudsperson in den Rheinischen Kliniken Viersen mit wahrgenommen.</p> <p>Die Ombudspersonen sind zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem <b>Krankenhausausschuss</b> und <b>der Geschäftsstelle für Beschwerden</b> verpflichtet. Sie sind nicht berechtigt, der Geschäftsstelle <del>des Ausschusses</del> Weisungen zu erteilen.</p>

alte Fassung	neue Fassung (Änderungen sind hervorgehoben)
<p>(2) Die Funktion des Ausschusses für Beschwerden und Anregungen wird durch die Tätigkeit der Ombudspersonen nicht tangiert. Die Patientinnen und Patienten und deren gesetzliche bzw. rechtsgeschäftliche Vertreter haben weiterhin die Möglichkeit, sich unmittelbar an den Ausschuß zu wenden.</p> <p>(3) Das Amt einer Ombudsperson ist ein Ehrenamt.</p>	<p>(2) Die Funktion des <b>Krankenhausausschusses</b> für <del>Beschwerden und Anregungen</del> wird durch die Tätigkeit der Ombudspersonen nicht tangiert. Die Patientinnen und Patienten und deren gesetzliche bzw. rechtsgeschäftliche Vertreter haben weiterhin die Möglichkeit, sich unmittelbar an den <b>Krankenhausausschuss</b> zu wenden.</p> <p>(3) Das Amt einer Ombudsperson ist ein Ehrenamt.</p>
<p style="text-align: center;">§ 2 Aufgaben</p> <p>(1) Die Ombudspersonen haben die Aufgabe, den Patientinnen und Patienten Hilfestellung bei Beschwerden und Anregungen zu geben. Gegenüber der Betriebsleitung tragen sie Anliegen und Fragen von Patientinnen und Patienten und deren gesetzlichen bzw. rechtsgeschäftlichen Vertretern vor. Sie geben Anregungen und machen Vorschläge. Die Ombudspersonen halten regelmäßig Sprechstunden in den Kliniken ab. Die Sprechstunden sind auf den Stationen bekannt zu geben.</p> <p>(2) Die Ombudspersonen sind erst nach Einwilligung und Beauftragung durch die jeweiligen betroffenen Patientinnen und Patienten oder deren gesetzlichen bzw. rechtsgeschäftlichen Vertretern berechtigt, im Einzelfall tätig zu werden.</p>	<p style="text-align: center;">§ 2 Aufgaben</p> <p>(1) Die Ombudspersonen haben die Aufgabe, den Patientinnen und Patienten Hilfestellung bei Beschwerden und Anregungen zu geben. Gegenüber der Betriebsleitung tragen sie Anliegen und Fragen von Patientinnen und Patienten und deren gesetzlichen bzw. rechtsgeschäftlichen Vertretern vor. Sie geben Anregungen und machen Vorschläge. Die Ombudspersonen halten regelmäßig Sprechstunden in den Kliniken ab. Die Sprechstunden sind auf den Stationen bekannt zu geben.</p> <p>(2) Die Ombudspersonen sind erst nach Einwilligung und Beauftragung durch die jeweiligen betroffenen Patientinnen und Patienten oder deren gesetzlichen bzw. rechtsgeschäftlichen Vertretern berechtigt, im Einzelfall tätig zu werden.</p>
<p style="text-align: center;">§ 3 Rechte</p> <p>(1) Die Ombudspersonen sind berechtigt, mit Zustimmung der Patientinnen und Patienten diese auf den Stationen aufzusuchen und mit ihnen zu sprechen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kliniken sind</p>	<p style="text-align: center;">§ 3 Rechte</p> <p>(1) Die Ombudspersonen sind berechtigt, mit Zustimmung der Patientinnen und Patienten diese auf den Stationen aufzusuchen und mit ihnen zu sprechen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kliniken sind</p>

alte Fassung	neue Fassung (Änderungen sind hervorgehoben)
<p>über den Dienstweg - d.h. über die Betriebsleitung - anzusprechen. Im Rahmen ihrer Aufgaben haben die Ombudspersonen das Recht, Räumlichkeiten persönlich in Augenschein zu nehmen. Hierüber ist die Betriebsleitung zu informieren.</p> <p>(2) Die Betriebsleitungen der Rheinischen Kliniken sind verpflichtet, den Ombudspersonen die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. Die Betriebsleitungen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kliniken und die Ombudspersonen sind zur gegenseitigen vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtet. Die Ombudspersonen sind mit den notwendigen technischen und räumlichen Mitteln auszustatten. Die Ombudspersonen sind nicht berechtigt, der Betriebsleitung oder den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kliniken Weisungen zu erteilen.</p> <p>(3) Die Ombudspersonen haben entsprechend § 1 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Ausschusses für Beschwerden und Anregungen das Recht, Petitionen, Anregungen und Beschwerden einzureichen, wenn aus der Eingabe die Einreicherin / der Einreicher eindeutig ersichtlich ist.</p> <p>Die Petitionen, Anregungen und Beschwerden sind entsprechend § 3 der Geschäftsordnung des Ausschusses für Beschwerden und Anregungen bei der Geschäftsstelle des Ausschusses einzureichen. In dringenden Fällen sind die Ombudspersonen befugt, die Vorsitzende / den Vorsitzenden des Ausschusses für Beschwerden und Anregungen direkt anzusprechen.</p> <p>(4) Mindestens zweimal jährlich finden Sitzungen des Ausschusses für Beschwerden und Anregungen unter Beteiligung der Ombudspersonen in den Rheinischen Kliniken statt. In diesen Sitzungen werden Fragen</p>	<p>über den Dienstweg - d.h. über die Betriebsleitung - anzusprechen. Im Rahmen ihrer Aufgaben haben die Ombudspersonen das Recht, Räumlichkeiten persönlich in Augenschein zu nehmen. Hierüber ist die Betriebsleitung zu informieren.</p> <p>(2) Die Betriebsleitungen der Rheinischen Kliniken sind verpflichtet, den Ombudspersonen die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. Die Betriebsleitungen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kliniken und die Ombudspersonen sind zur gegenseitigen vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtet. Die Ombudspersonen sind mit den notwendigen technischen und räumlichen Mitteln auszustatten. Die Ombudspersonen sind nicht berechtigt, der Betriebsleitung oder den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kliniken Weisungen zu erteilen.</p> <p>(3) Die Ombudspersonen haben <del>entsprechend § 1 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Ausschusses für Beschwerden und Anregungen</del> das Recht, Petitionen, Anregungen und Beschwerden einzureichen, wenn aus der Eingabe die Einreicherin / der Einreicher eindeutig ersichtlich ist.</p> <p>Die Petitionen, Anregungen und Beschwerden sind <del>entsprechend § 3 der Geschäftsordnung des Ausschusses für Beschwerden und Anregungen</del> bei der <b>Geschäftsstelle für Beschwerden</b> des Ausschusses einzureichen. In dringenden Fällen sind die Ombudspersonen befugt, die Vorsitzende / den Vorsitzenden <b>des Krankenhausausschusses</b> direkt anzusprechen.</p> <p>(4) <b>Sitzungen des Krankenhausausschusses unter Beteiligung der Ombudspersonen finden 1-2 Mal jährlich statt. In diesen Sitzungen werden Fragen von allgemeinem Interesse aus der Erfahrung der</b></p>

alte Fassung	neue Fassung (Änderungen sind hervorgehoben)
<p>von allgemeinem Interesse aus der Erfahrung der Ombudspersonen in den Rheinischen Kliniken erläutert.</p> <p>Der Ausschuß für Beschwerden und Anregungen ist gemäß § 3 Abs. 3 seiner Geschäftsordnung berechtigt, eine Ombudsperson zur Sachaufklärung im Einzelfall anzuhören.</p>	<p><b>Ombudspersonen in den Rheinischen Kliniken erläutert. Diese Sitzungen sind öffentlich. Unter Gewährleistung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen sind die Ombudspersonen berechtigt, dem Krankenhausausschuss vorzutragen. Darüber hinaus kann auf Wunsch der Ombudspersonen einmal jährlich ein Erfahrungsaustausch untereinander stattfinden.</b></p> <p>Der <b>Krankenhausausschuss</b> für <del>Beschwerden und Anregungen</del> ist gemäß <del>§ 3 Abs. 3</del> seiner Geschäftsordnung berechtigt, eine Ombudsperson zur Sachaufklärung im Einzelfall anzuhören.</p>
<p style="text-align: center;">§ 4 Akteneinsichtsrecht</p> <p>Die Ombudspersonen sind nicht berechtigt, die persönlichen Daten der Patientinnen und Patienten einzusehen, es sei denn, diese oder deren gesetzliche bzw. rechtsgeschäftliche Vertreter haben vorher im Einzelfall schriftlich eingewilligt.</p>	<p style="text-align: center;">§ 4 Akteneinsichtsrecht</p> <p>Die Ombudspersonen sind nicht berechtigt, die persönlichen Daten der Patientinnen und Patienten einzusehen, es sei denn, diese oder deren gesetzliche bzw. rechtsgeschäftliche Vertreter haben vorher im Einzelfall schriftlich eingewilligt.</p>
<p style="text-align: center;">§ 5 Verschwiegenheitspflicht</p> <p>(1) Die Ombudspersonen sind verpflichtet, über die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen persönlichen Daten und Betriebsgeheimnisse – auch nach Beendigung ihres Amtes – zu schweigen.</p> <p>(2) Die Ombudspersonen dürfen ohne Genehmigung des Landschaftsausschusses über Angelegenheiten, über die sie Verschwiegenheit zu wahren haben, weder vor Gericht noch außergerichtlich Aussagen oder Erklärungen abgeben.</p>	<p style="text-align: center;">§ 5 Verschwiegenheitspflicht</p> <p>(1) Die Ombudspersonen sind verpflichtet, über die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen persönlichen Daten und Betriebsgeheimnisse – auch nach Beendigung ihres Amtes – zu schweigen.</p> <p>(2) Die Ombudspersonen dürfen ohne Genehmigung des Landschaftsausschusses über Angelegenheiten, über die sie Verschwiegenheit zu wahren haben, weder vor Gericht noch außergerichtlich Aussagen oder Erklärungen abgeben.</p>

alte Fassung	neue Fassung (Änderungen sind hervorgehoben)
<p style="text-align: center;">§ 6 Bestellung</p> <p>(1) Die Bestellung der Ombudspersonen erfolgt durch den Ausschuß für Beschwerden und Anregungen als Fachausschuß. Der Ausschuß nimmt dabei Vorschläge von Patientinnen und Patienten und gesetzlichen bzw. rechtsgeschäftlichen Vertretern sowie von Vereinen und Verbänden im psycho-sozialen Bereich und dem zuständigen Krankenhausausschuß der entsprechenden Kliniken entgegen.</p> <p>(2) Nicht zu Ombudspersonen bestellt werden sollen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,</li> <li>b) Personen, die geschäftsunfähig sind,</li> <li>c) Beamte, Angestellte und Arbeiter im Dienste des Landschaftsverbandes Rheinland</li> </ul> <p>(3) Die Bestellung der Ombudspersonen erfolgt für 2 Jahre. Die Wiederbestellung ist möglich.</p>	<p style="text-align: center;">§ 6 Bestellung</p> <p>(1) Die Bestellung der Ombudspersonen erfolgt durch den <b>Krankenhausausschuß</b>. Der <b>Krankenhausausschuß</b> nimmt dabei Vorschläge von Patientinnen und Patienten und gesetzlichen bzw. rechtsgeschäftlichen Vertretern sowie von Vereinen und Verbänden im psycho-sozialen Bereich <del>und dem zuständigen Krankenhausausschuß der entsprechenden Kliniken</del> entgegen.</p> <p>(2) Nicht zu Ombudspersonen bestellt werden sollen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,</li> <li>b) Personen, die geschäftsunfähig sind,</li> <li>c) Beamte, Angestellte und Arbeiter im Dienste des Landschaftsverbandes Rheinland</li> </ul> <p>(3) Die Bestellung der Ombudspersonen erfolgt für 2 Jahre. Die Wiederbestellung ist möglich.</p>
<p style="text-align: center;">§ 7 Abberufung und Rücktritt</p> <p>(1) Der Ausschuß für Beschwerden und Anregungen kann nach Anhörung der Ombudsperson diese von ihrer Funktion entbinden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die Ombudsperson</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>1. ihre Pflichten gröblich verletzt hat,</li> <li>2. ihre Tätigkeit nicht mehr ordnungsgemäß ausüben kann.</li> </ul> <p>(2) Eine Ombudsperson kann jederzeit ohne Angabe von Gründen von ihrem Amt zurücktreten.</p>	<p style="text-align: center;">§ 7 Abberufung und Rücktritt</p> <p>(1) Der <b>Krankenhausausschuß</b> kann nach Anhörung der Ombudsperson diese von ihrer Funktion entbinden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die Ombudsperson</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>1. ihre Pflichten gröblich verletzt hat,</li> <li>2. ihre Tätigkeit nicht mehr ordnungsgemäß ausüben kann.</li> </ul> <p>(2) Eine Ombudsperson kann jederzeit ohne Angabe von Gründen von ihrem Amt zurücktreten.</p>

alte Fassung	neue Fassung (Änderungen sind hervorgehoben)
<p style="text-align: center;">§ 8 Entschädigung</p> <p>(1) Die Ombudspersonen erhalten über die Kliniken eine monatliche Aufwandspauschale nach den Regelungen für sachkundige Bürger in der Entschädigungssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland. Die Aufwandspauschale beträgt 2 Sitzungsgelder bei einer Tätigkeit in den Rheinischen Kliniken:</p> <p style="padding-left: 40px;">Bedburg-Hau Bonn Düren Düsseldorf Köln Langenfeld Viersen</p> <p>und 1,5 Sitzungsgelder bei einer Tätigkeit in den Rheinischen Kliniken:</p> <p style="padding-left: 40px;">Essen Mönchengladbach.</p> <p>(2) Die Ombudspersonen haben Anspruch auf Erstattung ihrer notwendigen Auslagen und Ersatz des Verdienstaufalles entsprechend den Bestimmungen der Entschädigungssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland.</p> <p>Reisekosten werden nur für Reisen innerhalb des Versorgungsgebietes der jeweiligen Kliniken der Ombudspersonen, zu den Sitzungen des Ausschusses für Beschwerden und Anregungen unabhängig vom Ort und zu der Geschäftsstelle des Ausschusses erstattet.</p> <p>(3) Die im Zusammenhang mit der Ausübung des Amtes der Ombudsperson aufzubringenden Mittel werden vom Träger bereit ge-</p>	<p style="text-align: center;">§ 8 Entschädigung</p> <p>(1) Die Ombudspersonen erhalten über die Kliniken eine monatliche Aufwandspauschale nach den Regelungen für sachkundige Bürger in der Entschädigungssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland. Die Aufwandspauschale beträgt 2 Sitzungsgelder bei einer Tätigkeit in den Rheinischen Kliniken:</p> <p style="padding-left: 40px;">Bedburg-Hau Bonn Düren Düsseldorf Köln Langenfeld Viersen</p> <p>und 1,5 Sitzungsgelder bei einer Tätigkeit in den Rheinischen Kliniken:</p> <p style="padding-left: 40px;">Essen Mönchengladbach.</p> <p>(2) Die Ombudspersonen haben Anspruch auf Erstattung ihrer notwendigen Auslagen und Ersatz des Verdienstaufalles entsprechend den Bestimmungen der Entschädigungssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland.</p> <p>Reisekosten werden nur für Reisen innerhalb des Versorgungsgebietes der jeweiligen Kliniken der Ombudspersonen, zu den Sitzungen des <b>Krankenhausausschusses</b> für <del>Beschwerden und Anregungen</del> unabhängig vom Ort und zu der <b>Geschäftsstelle für Beschwerden des Ausschusses</b> erstattet.</p> <p>(3) Die im Zusammenhang mit der Ausübung des Amtes der Ombudsperson aufzubringenden Mittel werden vom Träger bereit ge-</p>

alte Fassung	neue Fassung (Änderungen sind hervorgehoben)
stellt.	stellt.
<p style="text-align: center;">§ 9 Inkrafttreten</p> <p>Diese Geschäftsordnung tritt am 01.01.1998 in Kraft.</p>	<p style="text-align: center;">§ 9 Inkrafttreten</p> <p>Diese Geschäftsordnung tritt am <b>(Tag der Beschlussfassung)</b> in Kraft.</p>